

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 13. September 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Vierteljährlich 3,50 M., monatlich 1,10 M.,
wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus.
Einzeln Nummer 5 Pf. Sonntags-
nummer mit illustrierter Sonntags-
Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
abonnement: 1,10 Mark pro Monat.
Eingetragene in die Post-Zeitungs-
Verzeichnisse. Unter Kreuzband für
Deutschland und Oesterreich-Ungarn
3 Mark, für das übrige Ausland
5 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Inserions-Gebühr
Beträgt für die sechsheftige Kolonnen-
zeile oder deren Raum 40 Pf., für
vollständige und gewerkschaftliche Berichts-
und Versammlungs-Anzeigen 25 Pf.,
„Kleine Anzeigen“, das erste (Zett-
gedruckte) Wort 10 Pf., jedes weitere
Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben
zählen für zwei Worte. Inserate für
die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr
nachmittags in der Expedition abgegeben
werden. Die Expedition ist an Wochen-
tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
Feiertagen bis 5 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphisch-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Königsberger Urteilsgründe.

II.

„Es ist zweifellos.“ „Es ist offenbar.“ „Es besteht kein Ver-
denken gegen die Annahme.“ „Es ist leicht verständlich.“ „Es ist
eine festgestellte Tatsache.“ „Es ist erwiesen“ usw.

Jeder Kenner reichsdeutscher Urteilsbegründungen weiß, daß
keine Formeln eine solche Rolle in derlei Aktenstücken spielen, wie
diese und ähnliche Feststellungen unumstößlicher Wahrheit. Jeder
Richter hat das berechtigste Interesse, seine Urteilsbegründungen gegen
Anfechtungen durchs Reichsgericht zu hanzern. Da es
in Deutschland gegen Strafkammer-Urteile keine Berufung
gibt, so ist ja das Reichsgericht die einzige Instanz, die seine
Entscheidungen noch zu Falle bringen könnte. Da aber das Reichs-
gericht nicht die materielle, sondern nur noch die formelle Nach-
prüfung zu erledigen hat, so folgt daraus, daß der Richter der
ersten Instanz sich gegen formale Verstöße in erster Linie zu sichern
bestrebt sein muß. Mag die sachliche Rechtsfindung noch so be-
denklich und falsch sein, wenn nur der Irrtum und die Beweis-
losigkeit in der Form einer unumstößlichen tatsächlichen Fest-
stellung gegeben ist, so ist er gegen die Anfechtungen des Reichs-
gerichts gesichert. Daher kommt es denn, daß die Versicherungen un-
zweifelhafter Feststellungen in den Urteilsbegründungen um so
lippiger wuchern, je brüchiger das kunstbaumwollene Gewebe des
Urteils ist. Wird immer wieder die Feststellung als zweifellos, als
augenscheinlich, als notorisch, als selbstverständlich, als über
jedes Bedenken erhaben hingestellt, so kann man stets darauf
rechnen, daß sich hinter dieser formellen Sicherheit der
Feststellung die traurige Einsicht verbirgt, daß eigentlich gar nichts
festgestellt ist, oder daß gar das Gegenteil von dem erwiesen ist,
was dem Reichsgericht als festgestellt unterbreitet wird. Es mag
gehört ja sachlich falsch sein, was die Urteilsbegründung als wahr-
heitsgemäße Feststellung bezeichnet, nach der heutigen Praxis genügt
es für das Reichsgericht, daß etwas festgestellt ist, um es als einwand-
frei gelten zu lassen. Es folgt daraus, daß eine kluge Prozeß-
führung eigentlich jede Behauptung des Angeklagten durch einen
Weisheitsantrag stützen muß, und daß man in dieser Hinsicht den Ge-
richtern nicht das mindeste Vertrauen entgegenbringen darf. Häufig
verzichtet der Angeklagte und dessen Verteidiger auf die Wegsäumigung
einer Behauptung durch einen Weisheitsantrag, weil man aus dem Verhalten
des Gerichts schließt, daß die Behauptung nicht in Zweifel gezogen wird.
Nicht selten aber entdeckt man dann in der Urteilsbegründung, daß
das Gegenteil der Behauptung des Angeklagten als wahr
unterstellt ist; und gegen diese nachträgliche „Feststellung“ in der
Urteilsbegründung ist der Angeklagte vollständig wehrlos.

Die allgemeinen Darlegungen treffen auf den zweiten Teil der
Urteilsbegründung in Königsberger Prozeß ganz und gar zu. Dem
Verfasser des Schriftstückes waren in diesem Falle die Feststellungen
erschwert, weil die Verteidigung in der ausgedehntesten Weise das
Hilfsmittel des formellen Weisheitsantrages benutzte hatte, und dennoch
erlebte man die verbläuhende Erscheinung, daß an den Punkten, wo
ein formeller Weisheitsantrag als überflüssig nicht gestellt oder als
allgemein zugestanden zurückgezogen wurde, die Urteilsbegründung
prompt mit „Feststellungen“ arbeitet, die zweifellos seien, während
in Wirklichkeit das Gegenteil zweifellos ist.

Um das Delikt der Geheimbündelei konstataren zu können,
war es notwendig, vier Thatbestands-Indizien „festzustellen“: erstens
daß eine Verbindung bestand, die eine Unterordnung des
Willens einzelner unter einen Beschluß oder Auftrag für längere
Dauer herstellte; zweitens mußte eine Geheimhaltung der
Verbindung vor der Staatsregierung beabsichtigt gewesen sein;
drittens mußten die Angeklagten Mitglieder, Teilnehmer, der Ver-
bindung sein; und viertens war festzustellen, daß die Verbindung
auf öffentliche Angelegenheiten des Deutschen Reichs
Einfluß zu üben bezweckte.

Alle vier Thatbestandsmerkmale der Geheimbündelei sind in
Königsberg nicht erwiesen worden und waren überhaupt nicht er-
weisbar, weil sie in Wirklichkeit nicht vorhanden sind. Dennoch
wird in der Urteilsbegründung zum Teil unter Feststellung
offenkundig falscher Thatfachen das Vorliegen des zu erfüllenden
Thatbestandes behauptet. Der Angeklagte Nowagroski hat in
seinem ganzen langen Leben einmal binnen vier Wochen vier Schriften-
sendungen empfangen, von denen einzelnen noch dazu der Verdacht
besteht, daß sie von Agenten der russischen Polizei abgefaßt worden
sind. Das ist die Verbindung von längerer Dauer und die
Unterwerfung unter einen fremden Willen. Danach würde
jeder Deutsche, der etwa zweimal sich zu der Gefälligkeit verstanden
hat, als Dedadresse zu dienen, als Mitglied einer Verbindung auf
längere Dauer zu gelten haben. Es ist bekannt, daß wohl der
ganze Zeitungs-Korrespondenzdienst von und nach Rußland wegen der
russischen Postunsicherheit und der russischen Censur mit Dedadressen
arbeitet. Es gibt demnach wohl kaum einen Zeitungsredakteur oder
Journalisten, der zu Rußland Beziehungen unterhält, der nicht eine
Verbindung im Sinne dieser Urteilsbegründung unterhält.

Das Gefühl, daß diese gelegentlichen, unorganisierten und sehr
wenig ausgeübten Hilfestellungen für die Verbreitung russischer
Schriften keine Verwendung im Sinne des Gesetzes darstellen,
hat auch die Urteilsbegründung. Darum arbeitet sie mit den
Mitteln, die eine kleine Provinzdame anwendet, um zu meingern.
Das zur Verfügung stehende Stäbchenpersonal erscheint bald als Volk
und Ritter, Soldaten und Mönche, Bauern und Geister. Das wenig
mehr als halbe Duzend Adressen, die in den beschlagnahmten
Korrespondenzen zu finden waren, tauchen immer aufs neue auf und
suchen den Eindruck einer gewaltigen weltumspannenden Ver-
schwörungs-Organisation zu erwecken. Die Postagentur des kleinsten
Dorfes des Deutschen Reichs hat eine verzweigtere Organisation
als diese „Verbindung“ zur Verbreitung der russischen Schriften.

Die Geheimorganisation des deutschen bürgerlichen Buchhandels, der
natürlich durchweg auf den Schmuggelweg nach Rußland angewiesen
ist, steht zu der in Königsberg bestrafte Verbindung in einem Ver-
hältnis wie der Sauriankar zu den Nebbergen, wie das deutsche
Heer zu der Armee des Fürstentums Lichtenstein.

Die „Verbindung“ wird aber noch weiter aufgepußt. Alle sach-
verständigen Zeugen haben angegeben, daß die verschiedenen Rich-
tungen der russischen Revolutionäre ihre Schriften nicht gemeinsam
verschickten, es müßte sich denn um die Befolgung einzelner
Exemplare zu Zwecken der Information und für Bibliotheken handeln.
Diese zerstreuten Verbindungen genügen nicht der Königsberger
Phantasie, und so findet sie es auf Seite 205 der Urteilsbegründung
„leicht verständlich, daß jede Richtung auch die Pressezeugnisse der
anderen Richtungen mit zu verbreiten suchte, wenn dadurch nur der
revolutionäre Gedanke Förderung erfährt. Jedenfalls besteht aber
kein Bedenken gegen die Annahme, daß, falls die Art der Be-
stätigung des politischen Kampfes — was mindestens recht
zweifelhaft ist — bei der Schriftverbreitung überhaupt irgend eine
Rolle gespielt haben sollte, die Anhänger der verschiedenen Richtungen
sich doch zu einer einzigen Organisation unter einer gemeinschaft-
lichen Leitung zusammengeschlossen haben.“

Aber diese in der Form einer „Feststellung“ gekleidete nebelhafte
Vermutung ist nicht nur beweislos behauptet, sondern aus dem
Thatbestandmaterial des Prozesses selbst geht genügend klar hervor,
daß der behauptete Zusammenhang nicht besteht. Die beschlag-
nahmen Schriften gerade haben das ergeben. Welche Schriften
sind beispielsweise durch den Expedienten der Vorwärts-Buchhandlung
verbreitet worden, die auf Beziehungen zu den russischen Terroristen
hindeuten? Nichts dergleichen hat sich unter diesen Sendungen be-
funden, und die Staatsanwaltschaft selbst hat in den Akten des
Prozesses verschiedene unter sich zusammenhängende Ver-
bindungen angenommen.

Jetzt aber kommt die Urteilsbegründung und malt das Niesene
einer einheitlichen revolutionären Verbindung hin. Das erinnert
an die alten immer wiederkehrenden Polizeiprotokolle, die im Anfang
des 19. wie im Anfang des 20. Jahrhunderts stets nach der gleichen
Methode angefertigt sind, wo die von Entzederstolz erhitzten Polizei-
hirne den erschrocken Philistern haarklein erzählen, wie sie alle
Fäden einer geheimnisvollen Verschwörung aufgedeckt haben und es
klar zu Tage liege, daß diese Fäden nach London und Petersburg
und New York und Sibirien und Kopenhagen und Posen und
Warschau und wohl gar auch noch nach Timbuktu reichen. Die Ur-
teilsbegründung beliebt eben, um mit dem Zweiten Staatsanwalt
des Königsberger Prozesses zu reden, die Schriftenverbreitung in
ein „dreifaches Dunkel“ zu hüllen: in ein Dunkel des Umfangs, der
Mittel und des Zweckes, damit die geringfügige Wirklichkeit, die längst
bekannt war, als die Enthüllung eines furchtbaren weitgespannten
Geheimnisses durch die segensvollen Wirkungen des Königsberger
Prozesses erscheine.

In dieser Tendenz wird denn auch mit ebenso großer Ausfüh-
lichkeit wie zweifelhafter Zuverlässigkeit Material herangeschleppt,
um die Absicht zu erweisen, daß die Verbindung vor der Staats-
regierung geheim gehalten werden soll. Die Schriften sind durch
die Zollbehörden gegangen, der Angeklagte Treptau hat sie sogar, als
sie von der Polizei festgehalten wurden, öffentlich reklamiert.
Nowagroski hat den Zollbeamten durch die, wie die Urteils-
begründung empört meint, „unbescheidene“ Antwort, „die Schriften
sind nicht für die Heilarmee“ noch ausdrücklich auf ihren politisch
wichtigen Inhalt hingewiesen.

Die Schriftenverbreitung durch den „Vorwärts“ war seit fast
10 Jahren bekannt. Der Schriftenschmuggel wurde im Reichstag
offen erörtert und zugelassen. Trotzdem haben die Angeklagten
versucht, diese Handlungen vor der Staatsregierung geheim zu
halten! Trotzdem weiß der Jurist der Urteilsbegründung eine ge-
heimnisvolle Verbindung mit Gründen für das Urteil herbeizu-
führen: Geizig, es sei bekannt gewesen, daß einzelne An-
geklagte Schriften verbreitet hätten. Das beweise aber nicht,
daß keine Geheimhaltung beabsichtigt gewesen sei. „Hier wird ver-
wechselt“ — heißt es — „der Bestand einer auf die planmäßige
dauernde Einfuhr von russischen Schriften nach Rußland gerichtete
organisierte Verbindung mit einzelnen That-
sachen, deren Zusammenhang nicht aufgedeckt war. Allerdings
war den deutschen Behörden nicht unbekannt, daß ein Schrift-
schmuggel über die Grenze stattfände.“ Auch Zoll- und Steuer-
behörden, sowie die Polizei hätten davon gewußt. „Dadurch wurde
aber noch keineswegs der Bestand und Zweck der Ver-
bindung klar gelegt.“ Und diese Konstruktion soll nach etwas
aussehen, zerfällt aber bei der leisesten Prüfung in nichts. Was
wird den Angeklagten diesen Darlegungen zufolge vorgeworfen?
Sie sollen zwar nicht ihre eigenen Handlungen geheim gehalten
haben, aber sie wären so tüchtig gewesen, Handlungen geheim zu
halten, die entweder niemals geschehen sind, oder von denen sie
gar nichts wissen konnten. Der Angeklagte Pögel beispielsweise hat
sicher nur gewußt, daß die Schriften aus der Schweiz kämen, von
der „Iskra“-Redaktion, und daß sie dann auf den Wegen jeden
Schmuggels über die Grenze geschafft würden. Von Stubi, Winka,
Koslaw und wie die „Verschwörernamen“ alle heißen mögen, hat er
sicher gar nichts gewußt, nicht einmal von dem ehrenwerten Kron-
zeugen des ganzen Prozesses, dem Herrn Karol-Schlippner. Die
Angeklagten sollen geheim zu halten beabsichtigt haben, was sie
gar nicht wissen konnten.

Es ist aber auch nicht wahr, daß überhaupt durch den Prozeß
irgend eine neue Tatsache aufgedeckt worden ist. Diese Behauptung
wird nur möglich dadurch, daß entscheidende Thatfachen und ent-
scheidende Bekundungen verschwiegen werden. Bei jedem Schrift-
schmuggel ist es notwendig, daß sie irgend woher kommen und daß
sie irgend wohin mittels eines mehr oder minder komplizierten

Etappensystems über die Grenze gebracht werden. Das wußte nicht
nur die Polizei, das war auch bereits gerichtsnotorisch. Es ist
gerade im Falle Pögel festgestellt worden, durch den Prozeß von
Mlotow im Jahre 1895, auf welche Weise die Schriften geschmuggelt
worden sind, und daß damals der Oberstaatsanwalt Drescher aus-
drücklich die rechtliche Zulässigkeit solcher Verbreitung anerkannt
hat. Die Verteidigung hat schließlich auf einen Beweisanspruch in
dieser Richtung verzichtet, weil von keiner Seite Zweifel in die
Richtigkeit der Darstellung gesetzt wurden. In der Urteils-
begründung aber findet man von dieser Feststellung kein Wort, durch
welche die Nichtgeheimhaltung wenigstens für Pögel über jeden
Zweifel gestellt würde. Was hätte denn Pögel auch geheim halten
sollen? Etwa den Bestand jener einheitlichen Niesensverbindung, die
nur in der Phantasie des Urteilsbegründers besteht? Aber noch
mehr: Der Zeuge der Staatsanwaltschaft, der Berliner General-
kommissar Wynen, hat ja ausdrücklich bekannt, unter seinem Eide
festgestellt, daß der Berliner Polizei nicht nur die Handlungen der
einzelnen Personen bekannt waren, sondern daß die Organisation
des Schriftenschmuggels, die Verbindung in allen Einzelheiten längst
auf dem Berliner Polizeipräsidium bekannt war. Ja, das Berliner
Polizeipräsidium hat sogar viel mehr gewußt, als überhaupt jemals
wirklich geschehen war. Herr Wynen hat ausdrücklich bekundet, nur
Eines sei dem Berliner Polizeipräsidium nicht bekannt gewesen,
nämlich, daß auch verbotene Schriften verbreitet wurden.

Dieser Teil der Urteilsbegründung, der die Absicht der Geheim-
haltung beweisen will, verzichtet also gegen die wirklichen Fest-
stellungen des Prozesses und so sind auch die andern Hilfskonstruk-
tionen, durch welche die Absicht der Geheimhaltung bewiesen werden
soll, teils juristisch unmöglich, teils stehen sie im Widerspruch zu
den festgestellten Thatfachen.

(Ein Schlusssatz folgt.)

Politische Uebersicht.

Berlin, den 12. September.

Das Wahlprogramm Roosevelts.

Roosevelt, der republikanische Präsidentschaftskandidat, hat nun-
mehr in einem Briefe, mit dem er seine Präsidentschaftskandidatur
acceptierte, auch ein unerbärmliches politisches und wirtschaftspolitisches
Glaubensbekenntnis abgelegt. Dies Glaubensbekenntnis deckt sich ja
freilich durchaus mit den Richtungslinien, die die Politik des
Präsidenten Roosevelt bisher schon deutlich genug erkennen ließ,
allein Roosevelt erklärt nunmehr in programmatisch verbindlicher
Form, daß er diese bisherige Politik auch während seiner künftigen
Präsidentschaftsperiode befolgen will. Ueber die Erklärung Roosevelts
wird gemeldet:

In Erwiderung auf die Erklärungen Parkers tritt Roosevelt
für seine Politik und für die Art und Weise ein, wie die
Flotte für deren Ausführung benutzt wurde, und
rechtfertigt die Entsendung von Kriegsschiffen
nach Panama, Beirut, Tanger, Smyrna zu ver-
schiedenen Zeiten. Die Flotte, heißt es in dem Briefe, ist
der mächtige Säug des Friedens, hauptsächlich weil sie ge-
fährdet und bereit ist für den Dienst der aus-
wärtigen Politik. Jemand ein Aufgeben der
Philippinen würde eine Katastrophe bedeuten und die
Stimme der Vereinigten Staaten würde im fernsten Osten nicht mehr
gehört, wenn sie die Philippinen aufgäbe. Roosevelt kommt dann
auf den Vertrag mit China zu sprechen, der voller Vorteil sei
für die Zukunft Amerikas. Die Monroe-Doktrin, sagt
Roosevelt in seinem Briefe weiter, hat neue Kraft erhalten,
aber die amerikanischen Republikaner wissen, daß diejenigen, die
Gerechtigkeit suchen, mit reinen Händen kommen und die Verant-
wortlichkeit für die Ausübung des Rechtes auf Freiheit übernehmen
müssen. Das Staatsdepartement ist bis an die Grenze des
diplomatischen Gebrauchs gegangen, um der Welt klar zu machen,
daß es die innerste Ueberzeugung Amerikas ist, daß verschieden-
artige Behandlung und Bedrückung der religiösen Ueberzeugungen
Alle von Ungerechtigkeit sind, und das Staatsdepartement wird
fortfahren, einen Druck in diesem Sinne auszuüben. Roosevelt
bezeichnet den Versuch, die Tarifrevision mit der
Lösung der Krusfrage zu identifizieren, als
unaufrichtig und sagt, den durch die Krusfrage hervor-
gerufenen Mißständen könne man nur auf der in den letzten drei
Jahren vom Kongreß und der Exekutive geschaffenen Grundlage
beikommen. Die Handelsmarine müsse ihren Anteil
an den Vorteilen des Schutzes haben und
wenn das Schutzzoll-System geändert werde, dürfe es
nur mit äußerster Umsicht und in konservativer
Richtung geschehen. Keine Periode, heißt es dann weiter,
sei materiell so produktiv gewesen, und zwar ebenso für Arbeit-
nehmer wie für Arbeitgeber, als die letzten sieben Jahre unter
der absoluten Herrschaft der Republikaner. Der Brief schließt mit
den Worten: Wir halten uns immer vor Augen das wichtigste
Ziel der Politik und Verwaltung, nämlich die Herrschaft des
Friedens im Lande und in der ganzen Welt.“

Roosevelt tritt also für die Fortführung der von den Demo-
kraten so heftig kritizierten Weltpolitik ein. Er denkt nicht daran,
den Philippinen ihre Selbständigkeit zurückzugeben. Die Philip-
pinen sollen den Stützpunkt für die amerikanische Weltpolitik in
Ostasien abgeben. Demgemäß sollen auch die marinitischen
Küstungen fortgeführt werden. Während Roosevelt aber von
einer ferneren kolonialen Eroberungspolitik nicht lassen will, soll die
Monroe-Doktrin, die den europäischen Staaten Gebiets-
erwerbungen auf dem amerikanischen Kontinent verwehrt, energisch
aufrecht erhalten werden.

Was Amerikas innere Politik anlangt, so denkt Roosevelt nicht
daran, den Krus in energischer Weise zu lösen zu rufen. Nur
in den unzulänglichen Palliativmitteln, die man bisher schon
in Anwendung gebracht, soll das einzig zulässige Kampfmittel gegen
die anwachsenden, die Masse ausaugenden Kapitalvereinigungen be-

Parteigenossen! Mittwoch Abend in allen Bezirken Berlins und Charlottenburgs!

Wahre Wissenschaft für die Arbeiter.

In der letzten Nummer des „Korrespondenzblattes der General-Kommission der Gewerkschaften“ tritt Herr Cdr. Tischendörfer für Wahrgelt zur Verbreitung von Wissen in den Kreisen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ein.

Wir wünschen sehr, daß den Arbeitern ein möglichst umfangreiches Wissen zu teil werde, aber wir hoffen zugleich, daß bei der Mehrzahl der Arbeiter nicht solche alberne Gespreiztheit, wie bei Herrn Tischendörfer die einzige Frucht des Unterrichts sein möge. Der sagt von sich: „Wenn nämlich einzelne Mitglieder, vielleicht in manchen Gewerkschaften nur ein Mitglied, die eigene Fortbildung weiter pflegen und hierdurch größere Gesichtspunkte für die Gewerkschaftsaufgaben gewinnen will, werden sie von den Genossen nicht begriffen.“

„Gott, dieser einzige Kuge, weise, so ungeheuer gebildete Tischendörfer unter der großen Herde Dummköpfe! Einmal sitzt er auf dem Throne des Wissens, unter ihm krabbeln alles in Nacht und Finsternis und begreift nicht das Licht, das da oben glänzt!“

„Dann leiden viele Genossen an einer großen Ueberschätzung der praktischen Erfahrungen und sind der leidigen Uebersetzung, damit allein auskommen zu können. Sie verschlingen vielleicht eine umfangreiche Broschürenliteratur und glauben, damit für ihre weitere Ausbildung getan zu haben, was möglich und nötig ist.“

Der Ausgangspunkt der modernen Arbeiterbewegung lag in dem Worte: „Wissen ist Macht.“ Kein geringerer als der alte Liebknecht hat diesen Satz unzählige Male ausgesprochen. Trotzdem wurde er fast immer falsch verstanden. Die Gewerkschaftsbibliotheken beweisen diese Thatsache. In denselben finden sich wohl alle Schriften einer bestimmten Richtung über ihre eigene Wirksamkeit und die Thätigkeit anderer, aber nur ganz selten Bücher anderer Richtungen und Personen.

Die Kämpfe der verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen unter einander und gegen ihre gemeinsamen Partner, die Arbeitgeberverbände, ergeben dies tagtäglich. Mit einer Tendenzbildung hat man vor Jahrzehnten in der Arbeiterbewegung eingesezt und mit einer solchen wird nun in allen gewerkschaftlichen Organisationen weiter gearbeitet. Ein „böses Beispiel“ hat hier die „guten Sitten“ auf lange Zeit hinaus verdorben.

„Der Unterricht soll sich in erster Linie auf die Theorie, Geschichte und Praxis der Gewerkschaftsbewegung erstrecken. Daß hierbei die Entwicklung und Praxis der Unternehmerverbände, die Socialgesetzgebung und die Arbeiterbewegung des In- und Auslandes mit zur Beleuchtung kommen muß, versteht sich von selbst.“

Der arme Tischendörfer ist ein Opfer seines Umganges mit Dozenten und „wahren Arbeiterfreunden“, die in ihm den Wahn großgezogen haben, daß er der einzige vernünftige Arbeiterführer sei, der berufen ist, die Arbeiter mit der Wissen-

schaft, nämlich mit der „wahren“, „objektiven“, „tendenzlosen“ aus dem Lager der „wahren Arbeiterfreunde“ zusammenzukuppeln. Liebknecht, der sich wie keiner gegen die sogenannte objektive Geschichtsschreibung vertahrte, würde den Tischen wohl kräftig schütteln, der ihn vor diesen Wagen spannen wollte. Die Arbeiter sollten sich vor nichts mehr hüten als vor einer Geschichtsschreibung, die sich ihnen im Gewande der Tendenzlosigkeit präsentiert. Der glücklichste Fall bei solcher Geschichtsschreibung ist ein wüster Haufen planlos zusammengetragener Einzelthatsachen ohne jede Ordnung, ohne jeden leitenden Gedanken; meist aber walten gerade in dieser Art Geschichtsschreibung die unter der Maske der Objektivität verpackten, darum um so gefährlicheren Tendenzen der Verherrlichung des Kapitalismus, der Arbeiterfreundlichkeit der Unternehmer oder irgend eines Häufchens, der „gütlichen Weltordnung“, der „historischen Mission der Hohenzollern“ und dergleichen.

„Gott, dieser einzige Kuge, weise, so ungeheuer gebildete Tischendörfer unter der großen Herde Dummköpfe! Einmal sitzt er auf dem Throne des Wissens, unter ihm krabbeln alles in Nacht und Finsternis und begreift nicht das Licht, das da oben glänzt!“

„Dann leiden viele Genossen an einer großen Ueberschätzung der praktischen Erfahrungen und sind der leidigen Uebersetzung, damit allein auskommen zu können. Sie verschlingen vielleicht eine umfangreiche Broschürenliteratur und glauben, damit für ihre weitere Ausbildung getan zu haben, was möglich und nötig ist.“

Der Ausgangspunkt der modernen Arbeiterbewegung lag in dem Worte: „Wissen ist Macht.“ Kein geringerer als der alte Liebknecht hat diesen Satz unzählige Male ausgesprochen. Trotzdem wurde er fast immer falsch verstanden.

Die Kämpfe der verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen unter einander und gegen ihre gemeinsamen Partner, die Arbeitgeberverbände, ergeben dies tagtäglich. Mit einer Tendenzbildung hat man vor Jahrzehnten in der Arbeiterbewegung eingesezt und mit einer solchen wird nun in allen gewerkschaftlichen Organisationen weiter gearbeitet.

Ein „böses Beispiel“ hat hier die „guten Sitten“ auf lange Zeit hinaus verdorben. Die Arbeiterbewegung wird aber erst dann zu einer vorteilhaften unerschütterlichen Position im Wirtschaftsleben gelangen, wenn sie eine auf allgemeiner — nicht einseitiger — Kenntnis der Gesamtverhältnisse begründete Vertretung gefunden hat.“

Wir setzen einen Preis auf den, der sich bei diesen Phrasen etwas denken kann.

Was soll das wohl heißen, daß man in der Arbeiterbewegung mit einer Tendenzbildung eingesezt habe? Will Tischendörfer damit sagen, daß er eine Arbeiterbewegung ohne Tendenz wünscht? Ist überhaupt eine Bewegung ohne Tendenz denkbar? Oder „labiert“ Tischendörfer, wie er so schön sagt, zwischen der Einseitigkeit der Masse und einer Tendenz, von der er noch nicht sagen darf, daß es die Tendenz der friedlichen Harmonie sei?

Was heißt eine Vertretung, die auf allgemeiner Kenntnis der Gesamtverhältnisse begründet ist? Die Vertretung der Arbeiterklasse kann geschicht sein, das heißt, die Arbeiter können sich durch Leute vertreten lassen, die geschicht sind, die etwas wissen. Die Forderungen der Arbeiter können begründet werden mit Argumenten, die sich auf Kenntnis der bestehenden Zustände stützen, die Vertretung der Arbeiter kann begründet sein in der Macht, die hinter der Vertretung steht, oder in dem Auftrage, den die Vertretung von den Vertretern erhalten hat, aber ob Tischendörfer das eine oder das andere oder irgend etwas anderes mit der langen Rede sagen will, läßt sich nicht erforchen.

An einer Stelle schreibt Tischendörfer: „Warum stellen sich die Arbeitgeberverbände keine billigen Arbeitskräfte aus dem Arbeiterlande zur Vertretung ihrer Interessen an? Würden sich dazu keine Personen, die vorher 1000 Mark verdient haben und nachher etwa 2000 bis 2500 Mark bekommen könnten, wie die Gewerkschaftsführer, finden? Wenig! Man giebt aber dort 5000 bis 15 000 Mark für seine Angehörigen aus. Aus Liebhaberei? Wahrhaftig nicht, sondern um frische, intelligente, thätkräftige Geschäftsführer zu haben, auf die man sich in jeder Lage verlassen kann.“

Solchen Unfug schreiben und sich dann hinstellen mit der Klage, daß man nicht verstanden werde, weil man der Masse um eine Pferdelänge geistig voraus sei!

An einer anderen Stelle citiert Tischendörfer einige Sätze aus dem Bericht einer Gewerkschaft, deren einziger Mangel schlechter Saybau ist, und dann meint er:

„So steht es natürlich auch mit der Rede und bei Arbeiterführern auch mit den Umgangformen. Und da wundern man sich noch über die Stagnation — nicht der Mitgliederzahl — aber der Erfolge der Gewerkschaften.“

Nebenbei: Tischendörfer meint vielleicht, weil er ein Fremdwort verwendet, wird sein Satz schöner wie die von ihm verspotteten Sätze des Gewerkschaftsberichts! Davon abgesehen. Wer ungenügende Erfolge der Gewerkschaftsbewegung auf die Umgangformen der Führer zurückführt, bei dem eilt es sehr, daß er sich mit der Geschichte, insbesondere der Geschichte der Gewerkschaftsbewegung beschäftigt. Dringend zu empfehlen ist ihm dabei, daß er die ganze „wahre“ Geschichte auf die Seite legt und zu der greift, die sich ehrlich als das giebt, was Geschichte allein sein kann: eine Darstellung des historischen Geschehens von einem bestimmten Standpunkte aus.

Es wären noch einige Worte zu sagen über den Weg, auf dem Tischendörfer den Arbeitern die Wissenschaft seiner Freunde vermitteln will, indessen ist zu einer solchen Kritik wohl noch Zeit. Einstweilen war es wichtiger, die Pseudo-Wissenschaft ins rechte Licht zu rücken, die hier angepriesen wird. Nicht Tischendörfers wegen und auch nicht seiner Einpauler wegen, wohl aber deswegen, weil ihm das „Korrespondenzblatt der General-Kommission“ für seinen Artikel zur Verfügung stand, ohne sich durch einen kräftigen Strich davon zu scheiden.

Partei-Nachrichten.

Partei-Organisation. Den Delegierten zum Parteitage unterbreitet Genosse Dittmann, Parteisekretär in Frankfurt a. M., folgendes:

Vorwiegend wird den Parteitag die Organisationsfrage eingehender beschäftigen. Es wird aber nicht angängig sein, bei den offiziellen Verhandlungen Detailfragen der Organisationspraxis näher zu erörtern, und doch dürfte eine Besprechung gerade dieser Fragen manchem Delegierten sehr erwünscht sein.

Der Unterzeichnete erlaubt sich daher allen Teilnehmern des Parteitages, welche sich für praktische Organisationsarbeiten interessieren, den Vorschlag zu machen, sich in Bremen an einem Abend zu einem gegenseitigen Austausch der auf diesem Gebiete gesammelten Erfahrungen zusammenzufinden. Diefem Vorschlage sei die Bitte hinzugefügt, von der heimischen Organisation Mutter und Proben des Verwaltungsmaterials in mehreren Exemplaren mitzubringen, wie Statuten, Mitgliedsbücher, Reglements, Instruktionen, Listenkenns, Schemata der Kassensbücher, Abrechnungsformulare, Karten des Mitglieder-registers usw. Es dürfte sich empfehlen, jedes Stück mit dem Stempel der betreffenden Organisation zu versehen, damit die Herkunft nicht zweifelhaft werden kann.

Eine solche Aussprache, wie sie hier vorgeschlagen wird, ohne Zweifel für manchen in der praktischen Organisationsarbeit thätigen Genossen unmittelbaren Nutzen haben und dazu beitragen, daß die Führung der Parteigeschäfte im engeren Sinne mehr als bisher noch

erproben und einheitlichen Grundsätzen erfolgen kann. Ort und Zeit der Zusammenkunft lassen sich auf dem Parteitage selbst noch näher festlegen.“

Partei-Preffe. In die Redaktion des Braunschweiger „Volksfreund“ tritt am 1. Oktober der Genosse Otto Friedrich ein, der bisher als politischer Redakteur im Lübecker „Volksboten“ thätig war.

Der Trades-Union-Kongreß.

London, 10. September.

Die sechstägigen Verhandlungen des 87. Jahreskongresses der britischen Gewerkschaften in Leeds und die in Verbindung mit dem Kongresse abgehaltenen Konferenzen und Volksversammlungen zeigen einen Fortschritt im politischen Denken und in der moralischen Stärke der Vertreter der britischen Arbeiterorganisationen. Der Gedanke der politischen Selbstständigkeit hat aufrüttelnd gewirkt; die Arbeiterführer wurden vor neue Aufgaben gestellt und der Versuch, sie zu lösen, hat die Kritik innerhalb der Arbeiterbewegung angepörrt. Das Parlamentarische Komitee, das jedes Jahr vom Kongresse gewählt wird, um die Beschlüsse des Kongresses auszuführen, hatte diesmal mehr Angriffe abzuwehren, als in früheren Jahren. Die Arbeiter werden unzufrieden und deshalb kritisch. Allein diese Unzufriedenheit ist nicht revolutionär, obwohl der Kongreß die sozialistische Resolution angenommen hat. Die Kongreßdelegierten fühlen sich als gleichberechtigte Bürger eines demokratischen Gemeinwesens, über dessen Politik und Gesetzgebung die Arbeiter selbst entscheiden könnten, wenn sie nur wollten. Und auf dem Kongresse hat dies ihnen kein geringerer als Sir John Gorst, der frühere konservative Unterrichtsminister, mit aller Würdigung und Deutlichkeit auseinandergesetzt. Am 4. September, am Vorabend der Eröffnung des Kongresses, hielten die Gasarbeiter eine öffentliche Volksversammlung in Leeds ab, in der auch Gorst sprach: „... Ich habe einen großen Teil meines Lebens im Parlamente zugebracht, und ich sage Ihnen, das Unterhaus ist eine Versammlung reicher Leute, die kein wirkliches Interesse für eine Reform unseres sozialen Lebens haben. Ich habe immer gefunden, daß die Socialreformer in der Opposition sind, aber sobald sie zur Regierung gelangen, wird ihr socialpolitischer Eifer abgeklüht. Das Parlament, wie es jetzt ist, beschäftigt sich mit Amendierungen von Gesetzen und mit der Amendierung von Amendierungen. Wir brauchen eine selbständige Arbeiterpartei, so stramm organisiert und so eifrig wie die irische Partei. Die irischen Führer binden sich an keine der beiden großen Parteien, sie suchen nicht nach Kameatern, sie wollen nicht Minister werden. Deshalb haben sie in den letzten 30 Jahren so außerordentliche Erfolge erzielt. So müssen auch die Arbeiter handeln. Erst dann wird die Regierung auf die Beschlüsse Ihrer Kongresse achten.“ Und Gorst steht keinesfalls einzig da. Die konservative „Morning Post“ erklärte, eine politische Arbeiterbewegung sei nötig; die Liberalen „Daily News“ meinten, sie würden eine selbständige Arbeiterpartei aufrichtig begrüßen, auch wenn der Liberalismus darunter leiden sollte.

Der Jahresbericht des Parlamentarischen Komitees giebt eine Uebersicht über die politischen und gewerkschaftlichen Ereignisse der letzten zwölf Monate. Einen großen Platz nimmt die sozialpolitische Agitation Chamberlains ein, ebenso die Gegenagitation der Gewerkschaftsführer. Es ist kein Zweifel, daß diese Gegenagitation sehr viel zur vorläufigen Niederlage der Schugolspolitis beigetragen hat. Der nächstliegende Gegenstand, mit dem der Jahresbericht sich beschäftigt, ist die Trades Unions and Trades Disputes Bill (Gewerkschaftsvorlage), die im April zur zweiten Lesung kam und mit neununddreißig Stimmen angenommen wurde. Da aber die Regierung gegen die weitere Durchberatung der Bill Obstruktion machte, so wird eine Wiedereinbringung der Vorlage nötig sein. Der Jahresbericht schließt mit einem Aufruf an die Arbeiter, sich ihrer Macht bewußt zu werden, denn obwohl die Tage der Verfolgung für die Gewerkschaften vorbei seien, so sei doch noch viel gegen juristische Spitzindigkeiten und parlamentarische Obstruktion zu kämpfen. „Vergessen Sie deshalb nicht, daß unsere gewerkschaftliche Lage unzufriedenstellend ist, und sehen Sie darauf, daß nur Männer ins Parlament gelangen, die unsere Lage verstehen, mit uns sympathisieren und für uns zu arbeiten gewillt sind.“

Die Eröffnungsrede des Präsidenten Mr. Richard Well war im Rahmen des Jahresberichts gehalten, nur schloß sie mit einem Hinweis auf das Arbeiterministerium Australiens, das zwar nur kurze Zeit regierte, aber nichtdeftomieniger die Glückwünsche des britischen Trades-Union-Kongresses verdiente. Wären nach der Niederlage Watsons Neuwahlen ausgesprochen worden, so hätten die Arbeiter gewiß die Mehrheit erlangt. Aber schon die Thatsache, daß sich die Liberalen und Konservativen koalieren, zeige die Macht der australischen Arbeiter. „Möchte dieses Beispiel die britischen Arbeiter zu ähnlichen Thaten anspornen. Wenn die britischen Arbeiter organisiert und einig wären, dann könnte keine Koalition etwas gegen sie ausrichten.“

Von den angenommenen und abgelehnten Anträgen und den darüber stattgefundenen Diskussionen dürften die folgenden beachtenswert sein:

Arbeitsminister: Der Kongreß beschloß, darauf zu dringen, daß ein Kabinetminister ernannt wird, der die Fabrikgesetzgebung verwalten, Nachrichten über internationale Arbeitergesetze sammeln, den Fortschritt der Maschinentechnik beobachten und Vorschläge gegen die Monopolisierung von Rohmaterialien machen soll. Dieser Beschluß will thätig die Ernennung eines Kabinetministers für Socialreform und socialökonomische Studien.

Obligatorische Schiedsgerichte: Der Antrag von neu-schottländischem Muster, um Streiks und Auspörrungen unmöglich zu machen, wurde mit 889 000 gegen 383 000 Stimmen abgelehnt. Die Diskussion über diesen Antrag war lebhaft, die große Mehrheit der Redner war der Ansicht, daß die Arbeiter auf den Streik nicht verzichten könnten. Erwähnenswert ist die Ansicht des Vergarbeiterdelegierten Whitefield, daß so lange kein Lohnminimum gesetzlich festgelegt sei, der Verzicht auf die Streikwaffe den Arbeitern gefährlich werden könnte.

Kreditnoten: Ohne jede Debatte wurde der Antrag angenommen, daß öffentliche administrative Körperchaften berechtigt sein sollen, eigene Kreditnoten auszugeben, um auf diese Weise der Aufnahme von Anleihen (bei Kapitalisten) und den damit verbundenen Kosten vorzubeugen.

Arbeiterpreffe: Der Kongreß war der Ansicht, daß die britischen Gewerkschaften das Risiko, das die Herausgabe eines täglichen Blattes einschließt, nicht übernehmen könnten. Nur die Heraus-

Warenhaus
A. Wertheim
Rosenthalerstr.

Wegen der bevorstehenden Vergrößerung unserer Verkaufsräume:

Extra-Verkäufe
in allen Abteilungen
zu besonders billigen Preisen

Die zu Extra-Preisen zum Verkauf kommenden Artikel sind in jeder Abteilung besonders ausgelegt.

Einsegnungs-Anzüge von 12-27 Mk.
Anzüge nach Mass von 25 Mk. an.

M. Schulmeister, Dresdenerstr. 4
am Kottbuser Thor.
Schneidermeister.

Einsegnungs-Anzüge

in den neuesten façons
in blau und schwarz Kammgarn
und Cheviot.

Julius Lindenbaum,

Große Frankfurterstraße 141,
Ecke Fruchtstraße.

Größtes Etablissement
des Ostens, Nordostens und Südostens.

× Anerkant rechtste und billigste Bezugsquelle. ×



Die **Möbelfabrik**

von **Adalbert Schulz**

Reichenbergerstr. 5

Liefert Einrichtungen von 240 bis
5000 Mk. in nur anerkannt ge-
diegener Ausführung zu äusserst
billigen Preisen.

Coulanteste Bedingungen.

T.-A. IV 6877. [79L]

H. & P. Uder, Berlin SO. 10.
Engel-Ufer 5.

Tabakfabrik.

5660L*

Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer in

Cigarren, Cigaretten,

Rauch-, Kau- und Schnupftabaken.

Amt 4. 3014.

Kenner rauchen
Zenith
Cigaretten!

14L*

Trinkt Bilz-Brause.
Bestes alkoholfreies Erfrischungsgetränk.
Otto Starck, N.O., Landsberger Allee 6-7.
Tel. VII. 1666.

**NESTLE'S Kinder-
mehl**

Unübertroffen bei:
Brechdurchfall Diarrhoe Darmkatarrh
Vorrätig in Apotheken, Drogerien, Colonialw.

Nur 1,50 Mk. kostet jede Uhr

Lei mir zu reparieren u. reinigen unter Garantie des Gut-
gehens (ohne Bruch). Kleine Reparaturen billiger. Grosse
Auswahl in Uhren u. Goldwaren zu billigsten Preisen. Goldene
Damen-Remontoir, 10 Steine, v. 18.—, Goldene Herren-Doppel-
kapsel-Remontoir v. 50.—, Silberne Remontoir v. 9.—, Regu-
lateure, Freischwinger, Wecker- u. Wanduhren. Goldene Herren-
u. Damen-Ketten, Ringe, Schmucksachen in modernsten Façons
für jeden Geschmack. Für jede bei mir gekaufte Uhr
leiste 3 Jahre Garantie. 3897L*

Karl Lux, Uhrmacher, Chausseestr. 34.

Grosse Berliner Strassenbahn.
Westliche Berliner Vorortbahn.
Südliche Berliner Vorortbahn.
Berlin-Charlottenburger Strassenbahn.

Bedingungen für allgemeine Zeitkarten.

Auf sämtlichen Linien der oben genannten Gesellschaften sowie im
Verkehr derselben untereinander werden vom 1. Oktober d. J. ab für die
Ausgabe und Benutzung allgemeiner Zeitkarten unter Aufhebung der für
die vorgenannten Bahnen bisher bestehenden Einzelbestimmungen folgende
gleichmäßige Bedingungen eingeführt:

- Allgemeine Zeitkarten werden auf die Dauer eines Kalendermonats
für eine einzelne Linie, für mehrere oder für sämtliche Linien der
vorausgeführten Bahnen ausgegeben.
 - Die monatlichen Fahrpreise der allgemeinen Zeitkarten betragen:

a) für eine jahrplanmäßige Linie	7,50 M.	einer
b) zwei Linien	10,00	oder mehrerer
c) drei	13,00	Gesellschaften.
d) vier	16,00	
 - das ganze Bahngelände der Großen Berliner Straßenbahn 20,00 M.
 - das ganze Bahngelände einer der anderen Gesellschaften je 15,00
 - das Bahngelände zweier der genannten Gesellschaften
zusammen 25,00
 - für das gesamte Bahngelände aller vier Gesellschaften zu-
sammen 30,00
- A. Die im Binnenverkehr der Berlin-Charlottenburger Strassenbahn
innerhalb des Stadtgebietes von Charlottenburg zur Zeit bestehenden
Zeitkartenpreise bleiben in Geltung.
B. Die auf kürzeren Strecken der Westlichen Berliner Vorortbahn be-
stehenden Ausnahmefahrpreise werden unter den bisherigen Sonder-
bestimmungen weiter gewährt.

Berlin, den 13. September 1904.
Grosse Berliner Strassenbahn.
Westliche Berliner Vorortbahn.
Südliche Berliner Vorortbahn.
Berlin-Charlottenburger Strassenbahn.
Die Direktionen.

Vereinigte Bade-Anstalten G. m. b. H.

- Wilhelmsbad**
SW. Schützenstr. 18.
Fernspr. I. Nr. 2762.
Wannenbäder 0,40—1,50
(Elegante Salons). 10215*
Neu!!! Russ.-Römische mit Licht-
Luftperlbassin.
 - Bürgerbad**
(Eröffnung November 1904)
NO. Weberstr. 40b.
Sämtliche medizinische Bäder.
 - Erstes Lohantannbad**
Wallstr. 70/71.
Neu-Kölln a. W. 6/8.
Fernspr. IV. Nr. 2269.
Größtes Spezialbad für Lohantann-
bäder aus täglich frischer Abkochung.
Früher verausgabte Billets
werden in Zahlung genommen.
- In allen 3 Badeanstalten werden sämtliche medicin. Bäder, electr. Licht-
und Dampfbäder (in Nr. 2 u. 3 täglich auch für Damen) verabfolgt.
Spec.: Kohlensäure Sool-, Perlbäder auch außer
dem Hause.

Ein Befreiungsschrei.

Dass die Socialdemokratie die Vorläuferin aller Geknechten und Unterdrückten ist, hat jetzt auch ein Fürstkind erkannt.

Sie werden zweifellos überrascht sein, diesen Brief zu erhalten. Ich bin Luise von Koburg, die vernachlässigte Tochter Ihres Königs Leopold, die mishandelte Frau des Prinzen Philipp von Sachsen-Koburg.

Als ich das heiratsfähige Alter erreichte, wurde der „Gothaische Kalender“, aber nicht die zukünftige Braut befragt. Einige Hofdamen, die mein Vater mit seiner gnädigen Günst beehrte, wählten den Prinzen Philipp von Koburg.

Mein Vater und mein Mann wollten mich dadurch, daß sie mich als wahnsinnig behandelten, dafür bestrafen, daß ich in meiner Liebe für Mattiasch verblübt war.

Man könnte darüber lächeln, daß eine Fürstin ihr gegäheltes Herz in einem socialdemokratischen Blatt ausschüttet, wo sie weiß, daß die Socialdemokratie auch in Belgien ihre republikanische Ueberzeugung nicht verbirgt hat.

Lokales.

Vom Bibliothekswesen der Stadt Berlin.

Die städtischen Volksbibliotheken haben auch im Etatsjahr 1903/04 wieder eine Zunahme der Benutzung gehabt.

diesmal 1 285 942 Bände ausgeliehen, 88 000 mehr als im vorhergehenden Jahre. Die meisten Entlehnungen hatte wieder die 20. Bibliothek (Nabensstraße), obwohl sie zwei Monate wegen Umbau geschlossen war.

Der vom Bibliotheks-Kuratorium erstattete Verwaltungsbericht für 1903/04, den der Magistrat jetzt veröffentlicht, stellt neben die Zahlen des Berichtsjahres wieder diejenigen des um ein Jahrzehnt zurückliegenden Jahres, um zu zeigen, welche Fortschritte inzwischen gemacht worden sind.

Auch die städtischen Lesehallen, von denen jetzt 11 vorhanden sind, haben im letzten Jahre wieder eine Zunahme des Besuches gehabt. Es wurden 125 205 Besucher gezählt, 4229 mehr als im vorletzten Jahre.

Des Ehrenamtes verlustig. Mit dem seltenen Falle, daß einem städtischen Ehrenbeamten das von ihm innegehabte Amt vor Ablauf der Wahlzeit entzogen wird, hatte sich die Stadtverordneten-Versammlung in ihrer letzten geheimen Sitzung zu beschäftigen.

Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk bringt die illustrierte Wochenschrift „In freien Stunden“, von der Heft 37 heute ausgegeben wird.

„Wider die Pfaffenherrschafft“, Kulturbilder aus den Religionskämpfen des 16. und 17. Jahrhunderts. Von Emil Rosenow. Das 22. Heft dieses überaus reichhaltig illustrierten Werkes ist soeben erschienen.

Verkehrshörungen fanden gestern früh in der Gertraudenstraße, am Spittelmarkt und in der Leipzigerstraße mehrfach statt.

Durch gerichtliche Entscheidung aufgehoben wurde ein polizeiliches Strafmandat, das der in der Johannisstraße wohnende Kellner W. wegen Vogelgefangens erhalten hatte.

Die Verhaftung des Kellners W. wegen Vogelgefangens erregte großes Aufsehen. Der Kellner hatte in der Leipzigerstraße eine Wohnung im Hause eines Versicherungsdirektors S. S. bewohnt.

als Belastungszeuge vernommene Direktor S. gab an, daß seine Frau durch den Gesang der Grasmücke derartig nervös geworden sei, daß sie sechs Wochen in einer Heilanstalt hätte weilen müssen.

Die Staatsanwaltschaft hat gestern bei Herrn Brandt in Charlottenburg 800 Exemplare der Broschüre „Kaplan Dasbach und die Fremdenliebe“ konfisziert.

Verstümmelter Gerichtsbeamter. Verstümmelt ist seit Mittwoch voriger Woche der Hilfs-Gerichtsbeamter Julius Wislitzki aus der Blumenstr. 67a.

Port Arthur in Flammen. Schneller als den Japanern ist zwei Charlotterburger Anaben die Vernichtung der Forts vor Port Arthur gelungen.

Ein weiser Rabe. Die Optische Anstalt C. P. Goerz A. G. Friedenau und Winterstein i. Löhrl. gewährt ihrer gesamten Arbeiterschaft einen Erholungsurlaub für die Zeit vom 5. bis 12. September bei voller Lohnzahlung.

Entführung einer Minderjährigen. Wieder einmal hat die Berliner Kriminalpolizei sich mit einer Entführungsgeschichte zu beschäftigen, in die ein verheirateter Mann und ein minderjähriges Mädchen verwickelt sind.

Ein Fahrstuhlunfall, bei dem eine Person schwer verletzt wurde, ereignete sich im Victoria-Hotel, Unter den Linden 46. Das Seil des Fahrstuhles war beschädigt und sollte ausgetauscht werden.

Vermisst wird seit 8. d. M. die in einer Pension der Schdelstraße wohnhafte Comptoiristin Sophie L., 1,50 groß, Haare und Augenbrauen blond, Augen grau, Gesicht rund, blaß, Gestalt

